

Zeitenwende

Die Welt am Sonntag veröffentlichte am 16. Februar den Artikel „Als Moskau zur Einheit drängte“. Danach habe schon im Dezember 1989 ein Spion des Bundesnachrichtendienstes über ein geheimes Treffen informiert, das Hans Modrow (der damalige Vorsitzende des DDR-Ministerates) und ich am 24. November 1989 in der sowjetischen Botschaft in Berlin mit Valentin Falin hatten. Dem Artikel entnehme ich, dass namhafte Historiker den Geheimdienstbericht als „zeitgeschichtlich sehr interessantes Dokument“ bewerten.

Als unmittelbarer Zeitzeuge muss ich allerdings sagen: Von der Realität ist dieses Dokument weit entfernt. Es enthält Legenden und Wunschenken, mehr Dichtung als Wahrheit.

Wenn es den Spion tatsächlich gegeben haben sollte, dann ist der BND auf einen dichtenden Hochstapler reingefallen. Ich behaupte das nicht nur aus meiner Erinnerung heraus, sondern aus dem direkten Vergleich der veröffentlichten Akte des BND mit der 47-seitigen Niederschrift des Treffens. Das Original befindet sich in meinem Besitz. Es wurde meines Wissens nie vervielfältigt und von mir lediglich auf einer Sitzung des Politbüros als geheime Information verlesen.

Das, was damals in der sowjetischen Botschaft wirklich besprochen wurde, und das, was in der vermeintlichen BND-Akte steht, ist diametral entgegengesetzt. Moskau hat die DDR-Führung keineswegs zur Einheit gedrängt. Jedenfalls nicht im Herbst 1989. Im Gegenteil: Da galt offiziell noch, was Gorbatschow mir am 1. November 1989 bei unserem Treffen in Moskau gesagt hatte: „Die deutsche Einheit steht nicht auf der Tagesordnung.“ Das sollte gelten, solange Nato und Warschauer Vertrag existieren. „Kein normaler Mensch könne sich die deutsche Einheit vorstellen“, hatte mir der KPdSU-Generalsekretär erklärt, „solange es diese beiden Militärböcke gibt.“ „Kohl“, so Gorbatschow, habe auf „das Pferd des Nationalismus gesetzt.“ Dem müsse man sich entgegenstellen.

Reizwort „Wiedervereinigung“

Hauptthema des Gesprächs mit Falin war nicht die deutsche Einheit, sondern die innere Lage der DDR und wie man diese stabilisieren könne. „Eins müsse man unbedingt klar klarstellen“, so Falin, „Fragen der Veränderung der DDR-Verfassung, der Reformen in der DDR, des Wahlgesetzes, des Wahltermins, der Zulassung neuer Parteien, kann nicht Gegenstand von Verhandlungen mit der BRD sein, so sehr sie auch darauf drängt.“ Er forderte von der DDR-Führung, sich den Erpressungsversuchen aus dem Westen entgegen zu stellen. Die Linie Kohls – so Gorbatschows Emissär – stehe im Widerspruch zum Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten. Moskau ging zu diesem Zeitpunkt – wie auch ich – noch davon aus, dass die DDR als souveräner Staat weiter existieren wird.

Der führende Deutschlandpolitiker Moskaus informierte, dass Bundeskanzler Kohl in internen Gesprächen zugegeben habe, dass die BRD gar nicht auf die deutsche Einheit vorbereitet sei. Vielmehr gebe es in der BRD „einen Konkurrenzkampf zwischen der CDU und der SPD um die Gunst der DDR“. In Bonn herrsche die Auffassung vor: Wer diese Gunst gewinne, „der werde auch die kommenden Bundestagswahlen gewinnen“. Die CDU versuche, dieses Ziel durch verstärkten Druck auf die DDR zu erreichen, während die SPD geneigt sei, mit der DDR einen Konsens zu finden. Aufgabe der DDR-Führung soll darum sein, so Falin, dafür zu sorgen, dass „nicht die CDU im Dezember 1990 bei den Bundestagswahlen die Ernte dessen einbringe, was jetzt in der DDR geschehe, worauf Kohl hoffe“.

Im Zusammenhang mit der Diskussion der DDR-Verfassung meinte Falin, „die schwierigste und schicksalhafteste Frage besteht darin, wie man das Thema der Wiedervereinigung behandeln sollte“. Man dürfe dieses Thema nicht dem Gegner überlassen. CDU-Generalsekretär Volker Rühe entwerfe schon die Wahltaktik der CDU. Wörtlich: „Rühe möchte gern der Generalsekretär sein, der die nationalistische Trompete bläst.“

Falin riet dagegen, die Frage zu stellen, wer Deutschland gespalten habe. Diejenigen in der Bundesrepublik, die am lautesten nach der Einheit riefen, hätten in der Vergangenheit gangbare Wege zur deutschen Einheit immer wieder torpediert. Was die Konföderation betreffe, so solle man anhand der früheren Vorschläge der DDR zeigen, „dass dafür heute keine ob-



Michail Gorbatschow (v.) spricht auf dem SED-Parteitag 1986 in Berlin. Egon Krenz (1. Reihe, l.), damals Mitglied des Politbüros der SED, hört zu.



Egon Krenz in der Wendezeit November 1989, zur Zeit des beschriebenen Treffens, damals war er DDR-Staatschef. Heute ist er 82 Jahre alt.



Wenn Spione dichten

Laut einem kürzlich veröffentlichten BND-Dokument hat die sowjetische Führung die DDR bereits Mitte November 1989 zur Einheit gedrängt. Unser Autor war bei dem geheimen Treffen in Berlin damals dabei. Er erinnert sich anders

Von Egon Krenz



Serie

Im 30. Jahr der Wiedervereinigung erleben wir erneut einen Umbruch in der Gesellschaft. Die Berliner Zeitung begleitet diesen Umbruch mit Essays, Analysen, Interviews. Wir wollen Debatten führen und fragen, was wir aus dem Gestern für ein Morgen lernen können.

Das Ende einer Beziehung

Bei der Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen DDR und Sowjetunion zählt jedes Detail

Unverbrüchlich – so war die Freundschaft mit der Sowjetunion. Die Worte standen fest aneinandergefügt. Das „unverbrüchlich“ klang durchaus beschwörend: Ein Bruch wäre ja nichts weniger gewesen, als dem „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“ die alles entscheidende Existenzbedingung zu entziehen. Ohne unverbrüchliche Freundschaft keine DDR. Wenn es dafür eines Beweises bedurfte, so lieferte ihn das Ende des Nachkriegsproduktes.

Umso wichtiger ist jedes historische Detail, das Auskunft gibt über die Zeit, als die Unverbrüchlichkeit endete: im Herbst 1989, nach der Öffnung der Grenze zwischen Ost und West. Egon Krenz stand damals – vom 17. Oktober bis zum 6. Dezember 1989 – an der Spitze der regierenden Partei SED wie auch der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Zeitzeuge mit Spezialwissen – wer wollte das bezweifeln.

Im nebenstehenden Beitrag widerspricht Egon Krenz einem in der Welt am Sonntag (WamS) präsentierten Bericht des Bundesnachrichtendienstes (BND) über sein Geheimtreffen mit

Valentin Falin, der von 1971 bis 1978 Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland war und im Herbst 1989 Generalsekretär Michail Gorbatschow in Deutschland-Angelegenheiten beriet. Der BND-Bericht legt nahe, Moskau habe schon zu diesem frühen Zeitpunkt zur deutschen Einheit gedrängt.

Doch schon auf den ersten Blick stimmen die einfachsten Fakten nicht: Der BND nannte das Datum 17. November, tatsächlich fand das Treffen am 24. November statt. Und Markus Wolf, DDR-Geheimdienstchef im Ruhestand, war – anders als in der Teilnehmerliste angeführt – nicht dabei, wohl aber der nicht genannte sowjetische Botschafter in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow. Behauptet wird in der WamS, das BND-Produkt dokumentiere erstmals das Geheimtreffen in der UdSSR-Botschaft in Ost-Berlin. Tatsächlich verfügt Egon Krenz über das einzige Exemplar des Protokolls, das der Spion beim Verfassen der auf den 20. Dezember 1989 datierten Akte ganz offenkundig nicht kannte. *Maritta Tkalec*

jektiven Voraussetzungen mehr bestehen. Die Konföderation habe zwei Grundvoraussetzungen: 1. eine gemeinsame Verteidigungspolitik. 2. eine gemeinsame Außenpolitik“. Man solle Bonn fragen, ob man das dort tatsächlich wolle.

Falin riet, den Begriff „Wiedervereinigung“ generell zu meiden. Wenn überhaupt, dann müsse man den Begriff „Neuvereinigung“ wählen. Dieser Meinung sei auch die SPD. Es gehe darum, Wege zu finden, dass zwei souveräne deutsche Staaten zu mehr Gemeinsamkeiten kommen. Das Wort „Wiedervereinigung“ erwecke Erinnerungen an das Wort „Anschluss“. Wenn die BRD bereit wäre, für ihre Schuld an der Spaltung Deutschlands und den damit verbundenen Lasten der DDR Wiedergutmachung zu leisten, dann könne man ihr entgegenkommen. Die DDR müsse offensiv mit der westlichen Forderung nach Wiedervereinigung umgehen. Wenn die DDR in die Ecke gedrängt werden soll, könne sie immer sagen, sie sei für ein einheitliches, neutrales, demokratisches Deutschland ohne Angriffswaffen. Dies würde die Regierungen in allen westlichen Hauptstädten sofort mobilisieren. Die DDR müsse darauf verweisen, dass sie nicht bereit sei, ihre antifaschistische Position aufzugeben.

Gorbatschows neuer Kurs

Hans Modrow und ich entnahmen viel Widersprüchliches und manche Illusion aus dem Munde des einstigen sowjetischen Botschafters in Bonn; jedoch nicht das, was der in der WamS zitierte Bericht des BND glauben machen will.

Geradezu lächerlich ist die Behauptung, Markus Wolf habe die technische Abwicklung organisiert und die Gesamtfederführung gehabt. Der langjährige Chef der DDR-Aufklärung war seit 1986 Privatperson ohne Amt und zu dieser Zeit auch ohne Einfluss auf die politische Führung der DDR. Er konnte im Übrigen von diesem Treffen nichts wissen, weil es sich um eine vertrauliche Absprache zwischen Sowjetbotschafter Kotschemassow und mir handelte, die am späten Abend des 10. November in der Dienstwohnung des Botschafters getroffen worden war.

Am Morgen des 10. November war aus Moskau zunächst Kritik gekommen, die Grenzöffnung habe das Berliner Vier-Mächte-Abkommen verletzt. Die DDR sei gar nicht berechtigt gewesen, die Grenze in Berlin zu öffnen. Mir lag daran, dieses Missverständnis auszuräumen. Ich bat Kotschemassow, Gorbatschow vorzuschlagen, einen persönlichen Vertrauten nach Berlin zu schicken, mit dem ich alle Fragen besprechen könne, die sich aus der Grenzöffnung ergeben hätten. Der Botschafter telefonierte mit Gorbatschow. Der entschied, Falin, den Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, zu entsenden. Der Termin wurde kurzfristig zwischen Falin und mir abgestimmt. Zunächst wusste davon nur ich. Nach seiner Berufung zum DDR-Regierungschef lud ich auch Hans Modrow ein, an dem Treffen teilzunehmen. Kurzum: Die Initiative für den Gedankenaustausch ging erstens nicht von Moskau aus, und zweitens war weder Wolf noch irgendein Dritter damit befasst. Es war zwar ein Geheimtreffen, aber kein Geheimdiensttreffen.

Zur Bemerkung im WamS-Bertrag, dass Nikolai Portugalow am 21. November 1989, also drei Tage vor unserem Treffen mit Falin, im Bundeskanzleramt war und sich dort mit dem Kanzlerberater Horst Teltschik getroffen habe: Falin hat nach der Wende mir gegenüber wiederholt erklärt, dass dieser Besuch weder mit ihm noch mit Gorbatschow abgesprochen gewesen sei. Das scheint mir glaubwürdig, denn Gorbatschow hat das Zehn-Punkte-Programm, das Helmut Kohl am 28. November im Bundestag vorgestellt hatte, scharf kritisiert.

Auch mir ist damals nicht entgangen, dass der Kreml inzwischen mit vielen Stimmen sprach. Ich wusste beispielsweise am 10. November nicht, wer das Sagen in Moskau hatte, Gorbatschow oder das KGB, der Außenminister oder der Verteidigungsminister, der ZK-Apparat oder Alexander Jakowlew?

Gorbatschow änderte seinen Kurs Anfang Dezember in Richtung Einheit Deutschlands erst nach seinem Treffen mit Präsident Bush auf Malta. Falin jedenfalls hat sich später von Gorbatschow scharf abgegrenzt: „Wir haben über den Kopf der DDR hinweg alles ausgehandelt, wir haben dieses Land verraten.“ Das ist genau das Gegenteil dessen, was ihm der vermeintliche BND-Agent unterstellt, nämlich, die DDR schon im November 1989 „zur Einheit gedrängt“ zu haben.